



## Antrag

TOP:  
Vorlagen-Nummer: **VI/2018/04465**  
Datum: 02.10.2018  
Bezug-Nummer.  
PSP-Element/ Sachkonto:  
Verfasser: Dr. Meerheim, Bodo;  
Krause, Johannes; Dr. Brock, Inés; Wolter, Tom

| Beratungsfolge   | Termin     | Status                     |
|--|------------|----------------------------|
| Stadtrat   | 24.10.2018 | öffentlich<br>Entscheidung |
| Sozial-, Gesundheits- und<br>Gleichstellungsausschuss                              | 06.12.2018 | öffentlich<br>Vorberatung  |
| Ausschuss für Finanzen, städtische<br>Beteiligungsverwaltung und<br>Liegenschaften | 11.12.2018 | öffentlich<br>Vorberatung  |
| Hauptausschuss   | 12.12.2018 | öffentlich<br>Vorberatung  |
| Stadtrat   | 19.12.2018 | öffentlich<br>Entscheidung |

**Betreff: Antrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM für eine Resolution: Aufnahme von Menschen, die aus Seenot gerettet wurden**

### Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat von Halle (Saale) erklärt seine Bereitschaft – zusätzlich zum üblichen Aufnahmeverfahren – speziell im Mittelmeer aus Seenot gerettete Menschen in Halle (Saale) aufzunehmen und sich gegenüber der Bundesregierung und im speziellen dem Bundesminister des Inneren, für Bau und Heimat dafür einzusetzen, dies zu ermöglichen.

gez. Dr. Bodo Meerheim  
Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE

gez. Johannes Krause  
Vorsitzender der SPD-Fraktion

gez. Dr. Inés Brock  
Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN

gez. Tom Wolter  
Vorsitzender der Fraktion MitBÜRGER  
für Halle – NEUES FORUM

## **Begründung:**

In den letzten Monaten ist die Lage für Menschen in Seenot im Mittelmeer immer dramatischer geworden. Mehr als 1.500 Menschen jeden Alters und Geschlechts sind dieses Jahr schon ertrunken, weil sie keine Hilfe erhalten haben. In den letzten Monaten wurden durch Beschlagnahmungen immer mehr zivile Schiffe daran gehindert zur Seenotrettung auszufahren, während gleichzeitig der unerträgliche Versuch läuft, diese Lebensretter\*innen zu kriminalisieren. Unter dem Vorwand einer möglichen Abschreckung und aus politischem Kalkül heraus wird der Tod von Menschen billigend in Kauf genommen oder ihnen wird humanitäre Hilfe verweigert. Selbst wenn sie gerettet worden sind, müssen sie tagelang auf dem Meer ausharren, da ihnen das Anlegen in einem Hafen nicht gestattet wird. So lehnte das von einer rechten Koalition regierte Italien die Aufnahme von mehr als 600 Geflüchteten, die mit dem Schiff „Aquarius“, das von NGOs, „Ärzte ohne Grenzen“ und SOS MEDITERRANEE Deutschland e. V. gechartert und aus dem Mittelmeer gerettet wurden, ab. Dem folgte die Odyssee des Dresdner Rettungsschiffes „Lifeline“, das weder in Italien, Spanien noch zunächst in Malta anlegen durfte. Und selbst einem Schiff der italienischen Küstenwache wurde das Einlaufen in einen Hafen verwehrt.

Ergebnis dieser Politik ist, dass dem UNHCR zufolge, mittlerweile jeder siebte Mensch, der die Überfahrt wagt, stirbt. Zum Vergleich: Anfang 2017 war es noch einer von 38, die Zahlen haben sich also drastisch erhöht. Angesichts dieser humanitären Katastrophe im Mittelmeer sind auch wir als Stadt Halle (Saale) aufgerufen, Verantwortung zu übernehmen und uns für die Aufnahme von Geretteten aus dem Mittelmeer einzusetzen.

Angesichts dieser Schicksale haben sich Bundesländer wie Berlin und Schleswig-Holstein sowie mehrere europäische Städte darunter Barcelona und Neapel bereit erklärt, aus dem Mittelmeer gerettete Geflüchtete aufzunehmen. Auch der Deutsche Städtetag<sup>i</sup> hat sich als Reaktion auf den offenen Brief der Städte Köln, Bonn und Düsseldorf<sup>ii</sup> für das Anliegen ausgesprochen, ebenso die Städte Potsdam<sup>iii</sup>, Rostock<sup>iv</sup> und Jena<sup>v</sup>.

Die Oberbürgermeister\*innen Henriette Rieker (Köln, parteilos), Thomas Geisel (Düsseldorf, SPD) und Ashok Sridharan (Bonn, CDU) appellierten in einem Schreiben an die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel dafür, „ein Signal für Humanität, für das Recht auf Asyl und für die Integration Geflüchteter“ zu setzen. Ebenso erklärte sich der Berliner Senat bereit, Bootsflüchtlinge aufzunehmen. Der regierende Bürgermeister Michael Müller (SPD) forderte von der Bundesregierung, „...dass sie alles unternimmt, um diese humanitäre Krise vor unserer Tür zu beenden“. Weiter sagte er: „Und ich kann das auch für unsere Koalition hier in Berlin sagen, dass wir natürlich bereit sind, Menschen zu helfen, die Schutz und Sicherheit suchen.“

Bis es eine umfassende europäische Lösung gibt, will sich die Stadt Halle (Saale) dieser Bereitschaftserklärung und Vorgehensweise anderer deutscher und europäischer Städte anschließen. Als weltoffene Stadt der Integration und Vielfalt und angesichts der Tatsache, dass es täglich Todesopfer im Mittelmeer gibt, sind auch wir in der Pflicht ein Zeichen der Humanität zu senden. Ausreichende Kapazitäten in den städtischen Aufnahmeeinrichtungen sind vorhanden und können für diese Asylverfahren genutzt werden.

---

<sup>i</sup> vgl. <http://www.staedtetag.de/dst/inter/presse/statements/086067/index.html>

<sup>ii</sup> vgl. [https://www.stadt-koeln.de/mediaasset/content/pdf13/presse/2018/schreiben\\_an\\_bundeskanzlerin\\_merkel.pdf](https://www.stadt-koeln.de/mediaasset/content/pdf13/presse/2018/schreiben_an_bundeskanzlerin_merkel.pdf)

<sup>iii</sup> vgl. <https://www.potsdam.de/475-potsdam-unterstuetzt-forderungen-von-bonn-koeln-und-duesseldorf>

<sup>iv</sup> vgl. <https://ksd.rostock.de/bi/vo020.asp?VOLFDNR=1015690>

<sup>v</sup> vgl. [https://www.jena.de/de/stadt\\_verwaltung/stadtrat/sitzungskalender/243214](https://www.jena.de/de/stadt_verwaltung/stadtrat/sitzungskalender/243214)